

Die Behauptungen des Oskar Lafontaine

Und das mehrmalige Nachtreten des Peter Frey auf den Seiten des öffentlichrechtlichen ZDF. Im Fussball wäre hier die gelb-rote Karte fällig und ein sofortiger Platzverweis.

(Text von Peter Frey auf ZDF = Normalschrift)

(Anmerkungen von Klaus Hanselmann = fett, kursiv)

Nachtrag zu einem [Sommerinterview](#)

von Peter Frey

Das ZDF-Sommerinterview mit Oskar Lafontaine verlief stürmischer als in dieser Gesprächsreihe gewohnt. Der Interviewgast nannte das Interview "polemisch", die Fragen "diffamierend" und die Aussagen der Saarbrücker Bevölkerung "dämlich". Häufig bat er, erkennbar gereizt, darum nicht unterbrochen zu werden.

Es ist doch wohl eine Verkennung Ihrerseits Herr Frey, mit dem „dämlich“, meinte Lafontaine ganz offensichtlich Sie, die Saarbrücker Bevölkerung hat er nirgends angesprochen. Wer bei diesem Interview nun „polemischer“ war, Sie oder der Interviewte sollten Sie vielleicht besser dem Betrachter überlassen.

17.07.2009

Selten hat ein Fernsehinterview eine solche Resonanz hervorgerufen wie das letzte Sommerinterview mit Oskar Lafontaine. Wie der Befrager die Situation erlebt und wie seine politische Analyse in Bezug auf den Chef der Partei Die Linke ausfällt, ist auf der Internetseite von "Berlin direkt" unter dem Titel Wunder Punkt nachzulesen. Was unter Live-Bedingungen - es wurde keine einzige Kürzung vorgenommen - aber nicht gelingen kann, ist jede einzelne Behauptung des Gastes zu überprüfen.

Schon dieser Artikel vom 12.Juli ist nichts anderes, als die Fortsetzung des aggressiven Interviewstiles, den Sie gegen Oskar Lafontaine vom ersten Satz an verwendet haben,

Kanzlerin Merkel hat nicht in Moskau studiert.

Dazu bedarf es einer gründlicheren Recherche, besonders im Fall von Lafontaine. In der Sendung "Anne Will" hatte er behauptet, Angela Merkel habe "in Moskau studiert", was sich anschließend auch als falsch herausstellte. Im ZDF-Sommerinterview hat der ehemalige saarländische Ministerpräsident, SPD-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Behauptungen aufgestellt, die ebenfalls eine nähere Betrachtung lohnen.

Weshalb bringen Sie diesen Vorwurf jetzt als Argumentation, weshalb nicht im Interview, wenn Sie Ihnen so wichtig ist? Stattdessen haben Sie alleine fünfmal die Plattüde „hingeschmissen“ in den Text gebracht.

Längste politische Karriere?

Wie oft bei anderer Gelegenheit formulierte Lafontaine, er habe "25 Jahre Verantwortung getragen, also nie

hingeschmissen - viel länger als jeder andere aktive Politiker". Lafontaine bezieht sich bei der Aussage wahrscheinlich auf die Zeit von 1974 bis 1999, als er zunächst Bürgermeister (1974 bis 1976), dann Oberbürgermeister von Saarbrücken (bis 1985), Ministerpräsident des Saarlandes (1985 bis 1998) und anschließend für etwa ein halbes Jahr Bundesminister war. Das ist für exekutive Funktionen eine lange Dienstzeit, aber für Politiker seiner Generation (Jahrgang 1943) nicht ungewöhnlich.

Wenn Sie diesen Argumentationsstrang durchlesen, sollten Sie selbst ausrechnen können, daß Lafontaine recht hat.

Video "Bedauere Schwierigkeiten der SPD"

Auch außerhalb des Saarlandes hat es lange Polit-Karrieren gegeben - und sie dauern noch an. Wolfgang Schäuble etwa sitzt seit 1972 im Bundestag und war davon elf Jahre als Minister tätig. Peter Struck kann auf 29 Jahre Bundestagsmitgliedschaft zurücksehen, war Fraktionsvorsitzender und Minister. Hans Eichel war sieben Jahre Stadtverordneter in Kassel, acht Jahre Ministerpräsident in Hessen und fünf Jahre Bundesfinanzminister. Auch wenn sie nicht auf "25 Jahre im Amt" zurückblicken können, haben sie dem Druck bundespolitischer Funktionen Stand gehalten, auch den Streit mit der eigenen Partei ertragen. Keiner hat so überstürzt seine Funktion verlassen wie Lafontaine im März 1999 - ohne den Schreibtisch aufzuräumen, drei Tage nicht erreichbar, um sich dann von der Dachterrasse aus zu erklären.

Wieder der gleich polemische Ansatz, woher wollen Sie wissen, daß er den Schreibtisch nicht aufgeräumt hat?

Hohe Zustimmung an der Saar?

Lafontaine spricht auch von einer "hohen Zustimmung" für seine Person an der Saar. Dies ist weder an den Umfragedaten für die Linken abzulesen, die im Frühsommer unerwartet deutlich hinter der SPD lagen, noch an der Zustimmung für seine Person. In einer anderen Umfrage geben 30 Prozent der Saarländer an, dass sie es gut finden, dass Lafontaine wieder Ministerpräsident werden will, 64 Prozent sind aber nicht dieser Meinung.

Wo beginnt bei Ihnen eine „hohe“ Zustimmung? 30 Prozent sind Ihnen anscheinend nicht genug.

Im Sommerinterview behauptete Lafontaine auch, die Linken seien "die einzige Partei, die sich gegen die Rentenkürzung gewandt hat" - und ignoriert den (jüngst bei Union und SPD umstrittenen) Beschluss der Großen Koalition, eine Rentengarantie abzugeben - also das Versprechen, die Renten nicht zu kürzen, selbst wenn das Durchschnittseinkommen, bisher die Grundlage für die Rentenberechnung, fällt. Ergo: Es waren die Parteien der Großen Koalitionen, die den unter Gesichtspunkten der Generationengerechtigkeit und finanzpolitischen Nachhaltigkeit durchaus fragwürdigen Beschluss fassten, die Renten nicht zu kürzen.

Sie wissen ganz genau, daß Lafontaine hier nicht die Rentengarantie sondern die Rente mit 67 und die Rentenanpassungsformel gemeint hat, aber gegen DIE LINKE und gegen Lafontaine ist Ihnen anscheinend jeder Winkelzug recht.

Mit Steinmeier gut ausgekommen?

Auf die Frage, ob er Frank-Walter Steinmeier das Kanzleramt zutraue, antwortete Lafontaine, er sei mit ihm "gut zurecht gekommen, als er Chef des Kanzleramts war". Eine für Lafontaines Verhältnisse fast schmeichelnde Aussage, aber nicht korrekt. Steinmeier wurde nämlich, als Nachfolger von Bodo Hombach, erst am 7. Juli 1999 Chef des Kanzleramts. Da war Lafontaine schon fast vier Monate aus dem Finanzministerium ausgeschieden.

Ganz zum Schluss des Gesprächs kam Lafontaine noch auf die Höhe der Mindestlöhne im Nachbarland

Luxemburg zu sprechen. Dort betrage der "Facharbeiter-Mindestlohn" fast zwölf Euro, im "hochproduktiven Deutschland" müsse dasselbe möglich sein, forderte der Linken-Chef. Was Lafontaine nicht sagt: Zwischen dem kleinen, industriell entwickelten und als Finanzplatz attraktiven Luxemburg und dem Flächenland Deutschland mit seinen enormen regionalen Differenzen bestehen große Unterschiede.

Mindestlöhne wie in Luxemburg?

Es gibt in Luxemburg keine Regionen mit Arbeitslosigkeit von 14 und mehr Prozent wie in vielen der neuen Bundesländer. In Luxemburg liegt der Pro-Kopf-Anteil des Bruttoinlandsprodukts bei etwa 113.044 Dollar, in Deutschland bei 44.660 Dollar. Und übrigens: Auch die Luxemburger machen Unterschiede. Der Mindestlohn für qualifizierte (Fach-) Arbeiter liegt tatsächlich bei 11,67 Euro. Unqualifizierte Arbeitnehmer können aber nur mit 9,72 Euro rechnen.

Lafontaine erwähnt zuerst 10€ als Mindestlohn und bringt danach erst als Vergleich Luxemburg und Frankreich, Sie versuchen hier schon wieder den Ansatz zu verdrehen.

Die Welt ist oft differenzierter als Lafontaine behauptet.

Ganz offensichtlich ist Herrn Frey die Führung des Interviews in seinem Sinne nicht gelungen, dieses versucht er nun mit öffentlichem Nachkarten zu korrigieren.

Es wird wirklich von Interesse sein, wie sich die Interviewer im „Sommergespräch“ mit Frau Merkel verhalten werden.

Schulessen und Ehrenamt

Stadt Brackenheim sponsort Schulessen!

Es ist äußerst kurios, dass die Einrichtung der Brackenheimer Schulmensa von den Linken im Zabergäu als Erfolg gesehen wird und kritiklos als vorbildlich gelobt wird. So sehr es zu begrüßen ist, daß es solche Angebot gibt, umso zweifelhafter muß bei näherer Betrachtung festgestellt werden, dass hier ein wesentlicher Aspekt vollkommen ausgeblendet ist. Die Betreuung der Schulmensa wird ausschließlich über "ehrenamtliche" Helfer gesichert. Das, mit dem Begriff, die Funktion einer vollwertigen Beschäftigung vollkommen überstrapaziert wird, wird hier gänzlich ignoriert. Wie weit wird es noch gehen und welche Bereiche des öffentlichen Beschäftigungssektors werden unter dem Begriff Ehrenamt in Zukunft noch erfasst. Hier werden durch die Hintertür, Arbeitsplätze vernichtet bzw. erst gar nicht eingerichtet, selbst wenn sie nur mit dem geforderten Mindestlohn von 8,44 Euro entlohnt würden. Hier hört mein Verständnis auf, wenn die Bundestagsfraktion der Linken das Thema Ehrenamt als zu definierender Themenbereich betrachtet und in Basisorganisationen, solche neoliberalen Winkelzüge als Erfolg feiert. Unglaublich!!

Karl

Lieber Karl, vielen Dank für die berechtigte Kritik, leider war Deine E-Mail Adresse inkorrekt, so daß wir nicht auch direkt antworten konnten.

Zum Kaukasus-Konflikt

In dem Artikel wird nach meiner Meinung das Vorgehen der Russen verharmlost. Es ist einfach völkerrechtswidrig wenn Russland Rebellen im Nachbarland unterstützt und sich damit auf die gleiche Ebene stellen wie die USA die seinerzeit die CONTRAS unterstützten. Genau so völkerrechtswidrig ist es daß Russland eine Sicherheitszone innerhalb Georgiens quasi eine besetzte Zone beansprucht. Russische Soldaten haben in Georgien nichts zu suchen, genau so wenig wie deutsche in Afghanistan! Das beide

Seiten Greultaten begangen haben steht außer Frage! Das liegt in der Natur der Kriegeres. Deshalb ist er als Mittel der Politik abzulehnen! Das wußte schon Martin Luther als er sagte: Der Krieg ist von allen die schlimmste Plage! Denn im Krieg kommen alle anderen von alleine.

Freilich hat Georgien mit dem Feuer gespielt und sich dabei die Finger verbrannt. Der Ministerpräsident hat sicher gehofft, daß ihn der Westen da wieder herauspaukt. Schiefgegangen die ganze Sache. Der Bär hat immer noch scharfe Krallen.

Daß es dem Westen um die Öladern von Baku ans Schwarze Meer geht ist auch klar. Nur deshalb setzt man sich für Georgien ein. Die Menschen sind den Staatschefs wie Sarko, Brown , Merkel und ganz besonders Busch ganz besonders wurscht!

Dennoch gilt wie in allen Kriegen: Die Wahrheit stirbt zu erst. Aus diesem Grund hätte ich mir eine etwas differenzierte Stellungnahmen gewünscht! Ich kann mir nicht vorstellen , daß der Artikel die Meinung der Partei DIE LINKE zum Georgienkonflikt repräsentiert.

Volker Bohn Brackenheim

Lieber Volker, Der Artikel stammt von mir, hättest Du eigentlich am Kürzel erkennen müssen: kh Klaus Hanselmann

Aber zur Ergänzung:

Es ging nicht darum Rebellen in einem Nachbarland zu unterstützen, Südossetien ist kein Nachbarland in einfachem Sinne sondern eine autonome Republik in der russische Soldaten mit UNO-Mandat zur Sicherung eingesetzt waren.

Es geht darum, daß georgische Truppen in der Nacht vom 7. auf den 8.August in das autonome Ostossetien einmarschiert sind und die Hauptstadt Tschinvali unter Mörserbeschuß genommen haben. Eine ganze Anzahl toter Zivilisten waren die Folge, wobei die Angaben von 44 bis 1400 heute noch schwanken. Aber auch 44 wären zuviel.

- Das ist und war der Auslöser!

Russland hat am 8.August eine Dringlichkeitssitzung des UNO-Sicherheitsrates beantragt, diese kam nicht zustande.

Hätte Russland zusehen sollen, wie die georgischen Truppen die Bewohner von Ossetien mit Mörserbeschuß vertreiben, was wäre dieses dann gewesen, wenn nicht zumindest unterlassene Hilfeleistung?

Sicher ist jeder Krieg Unrecht, aber man muss doch immer erst einmal sehen, WER mit den kriegerischen Handlungen begonnen hat.

Auch bei Deinem Brief hat man den Eindruck, daß Du die Medienmeinung vom bösen Russen, der die armen Georgier überfallen hat, zumindest schon ansatzweise verinnerlicht hast.

Vielleicht liest Du Dir den Artikel noch einmal gründlich durch, konstruktiver Kritik bin ich immer aufgeschlossen.

Klaus Hanselmann

Quelle: <http://www.dielinke-unterland.de/leserbriefe/>